PRESSEMITTEILUNG der IVOA vom 5.12.2025

Alarmstufe Rot: Entschlossen gegen Kürzungen! – Kinder- und Jugendrechte verteidigen!

Mit Entsetzen muss die Interessensvertretung Offene Arbeit für junge Menschen und ihre Familien (IVOA) feststellen, dass die Regierungskoalition in Hamburg ihr Wort bricht! Der Koalitionsvertrag verspricht Verbesserungen für die Kinder- und Jugendarbeit. Nun gibt es Kürzungen und eine fehlende Finanzierung der aktuellen Angebote. Hiermit stellt sich der Hamburger Senat nicht nur gegen die Bedarfsmeldungen der Fachkräfte aus den Einrichtungen, Angeboten, Projekten, Trägern und Verbänden, sondern gegen die Forderungen aller Hamburger Bezirke und die Empfehlungen der eigenen Behörde.

Seit Jahren ist die Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Familienförderung strukturell unterfinanziert. **Die jetzigen Kürzungen bringen die gesamte soziale Infrastruktur für junge Menschen zum Einstürzen**. Die Interessen und Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und ihren Familien werden dadurch missachtet, Kinder- und Jugendrechte mit Füßen getreten und das Kindeswohl sowie der soziale Frieden gefährdet.

Zitat IVOA Simon Dhemija: „Einrichtungen der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Familienförderung sind die Orte, an denen zentrale Kinderrechte wie Beteiligung, demokratische und politische Bildung, Selbstvertretung und Freizeitgestaltung umgesetzt werden. Es sind Orte, die Schutz bieten vor gesellschaftlichem Ausschluss und Diskriminierungen.“

Zitat IVOA Ruth Abels: „Die drastischen Sparmaßnahmen bedrohen diese Angebote konkret in ihrer Existenz. Der Hamburger Senat bricht damit sein Versprechen. Es ist nicht hinnehmbar und gefährdet die partner*innenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Stadt und freien Trägern, wenn Anfang Dezember eine Kürzung für Januar angekündigt wird.“

Weshalb diese Kürzungen gefährlich sind:

Wenn diese Strukturen zusammengekürzt werden, hat das direkte, zum Teil unwiderrufliche Folgen für Kinder und Jugendliche, die bereits in einer vulnerablen Lage sind. Noch verfügt Hamburg über ein breites, vielfältiges Netz an offenen Kinder- und Jugendtreffs, Jugendsozialarbeit, sozialräumlichen Angebote, Angebote und Projekte für geflüchtete Familien und junge Menschen sowie Kinder- und Familienzentren und psychosozialer Beratung. Viele dieser Einrichtungen sind der einzige Zugang zu Unterstützung, besonders für stark belastete Familien. Zudem sind es zentrale Orte der politischen Bildung und Teilhabe.

Junge Menschen und ihre Familien haben einen gesetzlichen Anspruch auf diese Angebote!

Kürzungen bedrohen konkret:

- offene Treffpunkte und sichere Alltagsräume

- aufsuchende Projekte in den Wohnunterkünften
- niedrigschwellige Wohn- und Übernachtungsmöglichkeiten
- Sprachmittlung
- Beratungsangebote für Familien, Jugendliche und junge Erwachsene

„Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und ihre Familien haben ein Recht auf niedrigschwellige, flächendeckende Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Familienförderung und Jugendverbandsarbeit, die an ihren Interessen und Bedürfnissen orientiert sind und ihre gesellschaftliche Teilhabe fördern. Der Hamburger Senat stellt diese gesetzlichen Pflichtleistungen nicht ausreichend zur Verfügung und bricht damit das Kinder- und Jugendhilfegesetz. Die Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sind besonders schlecht, jetzt nimmt man Ihnen auch noch soziale Netzwerke und Unterstützungsangebote in den Sozialräumen", sagt Vera Koritensky.

Junge Menschen und ihre Familien in Hamburg stehen zunehmend unter Druck: überdurchschnittliche Armut bei Kindern, Familien und jungen Erwachsenen, gestiegene psychische Belastungen, Einsamkeit, gesellschaftliche Spaltung, Rechtsruck und Militarisierung.

Nimmt man diesen niedrigschwellige Räume und Angebote werden diese schnell durch rechtsextreme Akteur*innen besetzt, wie bundesweit zu beobachten ist.

Wenn sich eine reiche Stadt wie Hamburg die soziale Struktur für junge Menschen und ihre Familien nicht mehr leisten will, verhindert sie die Gegenwart und Zukunft einer ganzen Generation! Enorme Folgekosten durch intensivere Hilfen und Maßnahmen sind vorprogrammiert, wenn die sozialräumlich verankerten, offenen und niedrigschwelligen Einrichtungen kaputtgespart werden.

Wir fragen uns, warum Hamburg aus Steuergeldern für Prestigeprojekte für privilegierte Personengruppen 8,14 Mrd. finanziert, aber nicht mal 10 Mio. für die Rettung der Kinder- und Jugendarbeit übrig hat. Die IVOA fordert den Hamburger Senat auf, sich nicht von bundespolitischen Debatten treiben zu lassen und sein Wort zu halten, den Bestand an Einrichtungen ausreichend zu finanzieren und bedarfsgerecht auszubauen.

Am Freitag, den 12.12. um 14 Uhr werden wir mit hohem Interesse den Familienausschuss der Hamburger Bürgerschaft besuchen und die dortigen Expert*innenanhörung verfolgen. Wir werden uns um 13 Uhr vor dem Rathaus versammeln, um bereits vorher die Öffentlichkeit auf das Thema aufmerksam zu machen.

Pressekontakt:

Simon Dhemija: simon.dhemija@gmail.com Tel.: 0176 57653963

Bauspielplatz Rübezahl – Ruth Abels: bauiruebe@googlemail.com Tel: 01523 4732760

Vera Koritensky: v.koritensky@vkjhh.de Tel: 0157 52827733